

Gegen die Hungererer Wiens.

Große Knadgebung in Perchtoldsdorf gegen die rote Wirtschaft in Stadt und Land.

Aus Perchtoldsdorf wird uns berichtet: Das Doppelspiel der Sozialdemokraten, in der Stadt mit den Konsumenten nach billigen Lebensmitteln zu rufen, auf dem Lande aber die Produzenten zur Verleuerung der Produkte anzueisern, ja vielfach selbst die Zufuhr nach Wien zu verbieten, hält nicht mehr länger, es ist durchschaut. Mit größter Erbitterung wurde auf dem Sonntag, den 31. August, in Fuggers Saal in Perchtoldsdorf abgehalten, von den Landwirten der Bezirke Hiebing-Umgebung und Mödling massenhaft besuchten Bauerntag das unehrliche Treiben der Sozialdemokraten besprochen, und Abg. Hans Höfer, dem als Obmann der ländlichen Genossenschaften die gesamte Fruchtaufbringung in Niederösterreich obliegt, gab namens der im Niederösterreichischen Bauernbund organisierten Bauernschaft die Erklärung ab, daß es den Bauern unter solchen Umständen unmöglich sei, auch nur ein Körndl Brotfrucht abzuliefern. In geregelter Weise wurde auch gegen den Bezirkshauptmann Doktor Wächter in Hiebing Stellung genommen, der dem Arbeiter- und Bauernrat bei den unglaublichen Liebergriffen die Mauer mache. Die Versammlung nahm folgenden Verlauf:

Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Schwaninger ergriff Landesrat Karl Zittel das Wort, zunächst die politische Lage streifend, um dann die heillose Wirtschaft zu schildern, in der Staat, Land und Gemeinde dem Abgrunde zuweisen. Der sozialdemokratische Bezirksarbeitsrat von Korneuburg zum Beispiel verbietet den Bauern, ihr Gemüse nach Wien zu führen. Das Gemüse müsse nach Korneuburg gebracht werden und solle dort zur Verteilung kommen. Das Gemüse ist in 12 Stunden verdorben, die Wiener aber haben nichts zu essen. (Große Entrüstung.)

Was die Wirtschaftskommission anlangt, so habe diese keine andere Aufgabe als die Ernte zu erfassen und sie gerecht zu verteilen. Die Bauernschaft habe nichts dagegen, daß die Bürger- räte daran teilnehmen, da sie aber wie die Arbeiter den Konsumenten vertreten, können die Bauern von ihren Mandatari- nien hergeben, sonst würden sie in den Kommissionen vollständig erdrückt werden. Die Verhältnisse in der Lande- und Erntema- rktung seien geradezu trübsalig. Wir stehen vor dem drohenden Zusammenbruch. (Anhaltende Bewegung.) Die Beiträge für die staatlichen Krankenanstalten wachsen beängstigend. Ein Krankentag koste heute 20 Kro- nen und werde in Kürze 25 Kronen kosten. Das ärztliche Genausschnellen eines jeden Bedarfes wolle wie ein Loch ohne Grund, in dem alle Summen spurlos verschwinden. Bis Ende dieses Jahres werde das Defizit auf 50 Millionen anwachsen, das heutige Rechnungsjahr werde mit einem Ab- gang von 150 bis 160 Millionen Kronen abschließen. Dann verbreitete sich der Redner über Be- zirksfragen, so über die Nebenverteilung, berichtete über den Fortgang der Arbeiten für den Biebingtalskanal, von dem eine Strecke von 5 Kilometer von der Ausmündung in Mannsbrunn bis nach Groß-Schwechat bereits fertig sei. Was den Fluß- schuß gegen die katastrophal überhandnehmenden Feldlie- bhaber anbelangt, so sei alles vorgesorgt worden. Natürlich müssen die Grundbesitzer bewacht werden. Nun ver- weigerte man uns jetzt die Auslieferung der Waffen und erklärte, es sei nichts da. Demgegenüber nehme es sich sonderbar an, wenn man hört, daß vor einigen Tagen aus dem Praga- und am Mittel auf dem Steinfelde über 1000 Repetierpistolen ge- stohlen worden seien.

Abg. Hans Höfer besprach zunächst die Sozialisierung. In der Landwirtschaft sei das, was zweckmäßig gemeinsinnig be- trieben werden könne, bereits sozialisiert. Unser ausgebautes landwirtschaftliches Genossenschaftswesen besetze auch die Grenze, wie weit man gehen könne. Eine gemeinsame Bewirt- schaftung von Grund und Boden würde den Landwirten und der Gesamtheit zum Unheile gereichen; denn es sei unmöglich, durch diese Bewirtschaftung denselben Ertrag zu erzielen, den der einzelne Bauer durch seinen Fleiß und durch seine jahrelange Praxis erziele. In der jetzigen schweren Zeit gebe es nur zwei Dinge, die uns retten können. Arbeit und Sparan. Und gerade das suche man in unserer öffent- lichen Verwaltung vergeblich. Wir werden übermorgen im Landtage über die Aufnahme eines Darlehens beraten, damit wir die Forderungen der Landesangestellten und Lehrer be- willigen können. Die Bauernschaft Niederöster- reich wird es, da es anderwärts nicht aufzu- treiben war, beistellen. Wir werden uns aber bei dieser Gelegenheit alle Eingriffe der Sozialdemokraten in unsere Rechte verbitten, wie sie in letzter Zeit im Wiener-Neufährter Bezirke so zahlreich vorgekommen sind: Man hat knapp vor der Ernte manchem Bauer den letzten Sack Frucht weggenommen. Dem Redner obliege als Obmann des Verbandes der ländlichen Genossenschaften die gesamte Frucht- aufbringung in Niederösterreich, bei welcher ein Beitrag von 150 Millionen Kronen gebraucht werde. Sonderbarerweise sei Redner zur Preisbestimmung gar nicht eingeladen worden; sonst wäre ein Preis von 130 Kr. pro Meterzentner, bei dem die Gesehungskosten nicht gedeckt seien, nicht festgesetzt worden. Ein Druschtag koste dem Bauer heute 1300 Kronen. Dabei werde er jeden Tag von neuen Lohnforderungen überrascht, bekomme für den Drusch kein Ben- zin, indessen in Blumau, wo die kommunistischen Soldaten alles beherrschen, noch heute 20 Waggons Benzin lagern. Trotz der Anforderung des Staatsamtes für Geer- wesen geben die roten Blumauer das Benzin nicht heraus, sondern betreiben einen Schwaungshandel damit.

Drohender Lieferungsstreik der Bauern gegen die Uebergriffe der Arbeiter- räte.

Direktor Sturm des n.-ö. Bauernbundes besprach die Landarbeiterfrage und den von den Sozialdemokraten aus- gearbeiteten Kollektivvertrag, in dem u. a. gefordert werden, an Milch das doppelte der behördlich festgesetzten Ration, (wie soll dann noch etwas für die Wiener übrig bleiben?), an Mehl und Fleisch das Zehnfache, an Kartoffeln das Sechsfache usw., was als eine Uebersteigerung der Ernährungsvorschriften und eine Benachteiligung der ganzen übrigen Bevölkerung und insbesondere der Ar- beitererschaft in den Städten bedeuten würde. Das jetzige Beispiel der sozialdemokratischen Lizenzmaspolitik. Außerdem seien z. B. einem Schaffner monatlich 350 Kr. Luenerungs- anlage und ein Anschaffungsbeitrag von 400 Kronen zu geben. Redner forderte unter stürmischem Beifall auch die endliche Entfernung Wladimir aus Niederösterreich, da sich sonst der Unwille der Bauernschaft in elementarer Weise ent- machen könnte. Redner verwurte auch scharf die Ueber- griffe der Arbeiter- räte und betonte, daß wenn das so weiterginge, die Bauern das Vorgehen durch einen Lieferungsstreik beantworten würden. Abg. Hans Höfer erklärte, daß weder der Landes- regierung, noch dem n.-ö. Bauernbund dieser Kollektivvertrag, der unbillige Forderungen enthalte, vorgelegt worden sei. Die Sozialdemokraten seien aber in Kenntnis gesetzt worden, daß unter solchen Verhältnissen die Bauern- schaft keine Frucht abliefern könne, weil sie nicht einmal auf die Gesehungskosten kömme. Die Bauern werden nur das ausreichen, was sie für sich brauchen. Soll die Fruchtlieferung möglich sein, dann müßten erstens die Uebergriffe der Arbeiter- und Soldaten- räte endlich einmal ein Ende nehmen und zweitens ein ent- sprechender Preis gezahlt werden.

Es sprachen dann Dr. Bernhard und Herr Lieh (Mauer).